

ANTRAG Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadtrat Tim Wirth (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 17. Dezember 2008	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	58. Plenarsitzung Gemeinderat 27.01.2009 1639 6 d öffentlich
Nordtangente: Zeitnahe Realisierung einer Südumfahrung Hagsfeld		

1. Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung, die Herausnahme des Ostteils der Nordtangente aus dem Bundesverkehrswegeplan zu beantragen.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung,
 - a) den Bebauungsplan aus dem Jahr 1994 für die Nordtangente Ost westlich des Elfmorgenbruchs aufzuheben,
 - b) sowie in direkter Folge die planerischen Voraussetzungen für den Bau einer „Südumfahrung Hagsfeld“ in kommunaler Verantwortung zu schaffen. Die „Südumfahrung Hagsfeld“ zwischen Elfmorgenbruch und Haid-und-Neu-Straße soll als zweistreifige Gemeindestraße verwirklicht werden.
3. Der Gemeinderat hebt seinen Beschluss zum Mittelteil der Nordtangente (Hängebauchlösung) auf.

Sachverhalt/Begründung:

Hagsfeld ertrinkt im Durchgangsverkehr. Sehenden Auges wurde mit dem Autobahnanschluss Nord eine Verkehrsinfrastruktur geschaffen, die zu weiteren und unverantwortlichen Zusatzbelastungen für Hagsfeld führt. Den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort wurde mit einer - im Endausbau - vierspurigen Nordtangente Ost rasche Entlastung zugesichert. Ein leeres Versprechen, wie sich nun zeigt, denn die Weiterführung der Nordtangente Ost alter Planung wird auf absehbare Zeit nicht vom Bund finanziert.

Diese Erkenntnis eröffnet nun neue Chancen für eine zeitnahe, effektive Entlastung Hagsfelds. Hierzu müssen die nicht mehr zeitgemäßen Planungen wie der vierstreifige Ausbau der Nordtangente Ost bis zur Theodor-Heuss-Allee aufgegeben und durch einen neuen B-Plan ersetzt werden, der den aktuellen Bedingungen Rechnung trägt und die Umweltauswirkungen des Vorhabens minimiert.

„Überlebt“ hat sich auch ein weiterer Beschluss des Gemeinderates aus dem Jahre 1982: die sog. Hängebauchlösung, die den Ausbau des Adenauerrings als Mittelteil einer Nordtangente vorsieht. Nachdem eine durchgehende Ost-West-Verbindung mitsamt zweiter Rheinbrücke auf Karlsruher Gemarkung vom Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt wird, gibt es auch keine Grundlage für ein Fortbestehen des Gemeinderatsbeschlusses aus dem Jahre 1982, der damals eine der möglichen Ausbauvarianten einer Nordtangente darstellte.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach

Tim Wirth

Hauptamt - Sitzungsdienst -

21. Januar 2009